

Antworten von Norbert Röttgen, CDU (Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis II) auf Fragen zum deutschen Rüstungsexport

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür einsetzen, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten wird und dass dieses Verbot in Art. 26 Abs. 2 GG festgeschrieben wird? Wenn ja, wie werden Sie sich dafür einsetzen? Wenn nein, warum nicht?

Wenn Sie im Falle Ihrer Wahl kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot betreiben und erreichen wollen, welche der folgenden Forderungen werden Sie unterstützen? Und welche warum nicht?

1. Keine Rüstungsexporte in die Menschenrechte verletzende Staaten: In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter schwere Menschenrechtsverletzungen verübt.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern einsetzen, wenn ein begründeter Verdacht besteht, dass diese Produkte voraussichtlich in bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen verwendet werden?

2. Keine Rüstungsexporte an Krieg führende Staaten: Zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen sind in Krieg oder Bürgerkrieg verwickelt; des ungeachtet stimmt die Bundesregierung Waffenexporten an Krieg führende Staaten zu.

Frage: Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass die Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern rechtsverbindlich verboten wird, wenn die fraglichen Ziel-Länder in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder verwickelt zu werden drohen oder wenn bestehende Spannungen und Konflikt durch den Waffenimport ausgelöst, aufrecht erhalten oder verschärft werden könnten?

3. Kein Export von Kleinwaffen: Dramatisch hoch sind die Opferzahlen durch den Einsatz von sogenannten Kleinwaffen wie Pistolen und Maschinenpistolen oder Maschinen- und Sturmgewehren. Kaum ein Konflikt weltweit, in dem nicht deutsche Kleinwaffen eine fatale Rolle spielen.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen aus Deutschland einsetzen?

4. Keine Lizenzvergabe zum Nachbau deutscher Kriegswaffen: Aus einschlägigen Erfahrungen über Jahrzehnte geht hervor, dass die Lizenzvergabe für den Nachbau von Kriegswaffen zu einer unkontrollierbaren Produktion und Weiterverbreitung und zum Einsatz dieser Waffen führt.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot der Lizenzvergabe für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter einsetzen?

5. Keine Staatliche Absicherung von Rüstungsexportgeschäften: Mit Hermes-Bürgschaften sichert der deutsche Staat Rüstungsexportgeschäfte in Milliardenhöhe auf Kosten der Steuerzahler und -zahlerinnen ab.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein Verbot von Hermes-Bürgschaften beim Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern einsetzen?

6. Mehr Transparenz und parlamentarische Kontrolle beim Waffenhandel: Die deutschen Rüstungsexportgeschäfte sind in höchstem Maße intransparent. So werden etwa brisante Exportgenehmigungen vom Bundessicherheitsrat in geheimer Sitzung entschieden, unzureichende Exportberichte in der Regel erst gegen Ende des Folgejahres publiziert.

Frage: Werden Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine obligatorische zeitnahe Informierung der Abgeordneten einsetzen, für ein Vetorecht des Deutschen Bundestags und für transparente, quartalsweise - wie bspw. in England - zu veröffentlichende Rüstungsexportberichte?

Antwort: Ich fordere nicht ein generelles Verbot für Rüstungsexporte, setze mich jedoch für restriktive Regelungen ein und befürworte vor allem eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht. Wenn ein demokratischer Staat wie die Bundesrepublik Deutschland den Export von Waffen zulässt, dann sollte er dazu stehen und seine Entscheidungen auch öffentlich vertreten. Denn: Entweder sind Rüstungsexporte vertretbar - dann sind sie es auch gegenüber der Öffentlichkeit. Oder sie sind nicht vertretbar - dann dürfen sie auch nicht erfolgen. Ergänzend fragen Sie, ob es aus meiner Sicht Umstände gebe, unter denen deutsche Rüstungsexporte eindeutig ausgeschlossen seien. Diese Frage beantworte ich mit einem klaren Ja. Aber es gibt ja auch bereits Ausschlusskriterien. Außerdem möchte ich klarstellen, dass ich persönlich grundsätzlich eine Veröffentlichung nicht im Nachhinein, sondern vor der Entscheidung befürworte.